

Hoffnungsschimmer für Regierungsbildung in Belgien

BEGINN DER VERHANDLUNGEN ZWISCHEN ACHT PARTEIEN AM 15. AUGUST

Über 13 Monate nach den Wahlen, nach dem Brechen aller erdenklichen Rekorde und etlichen vergeblichen Vermittlungsmissionen sind erstmals wirkliche Fortschritte auf dem Weg zur Bildung einer neuen Regierung zu vermelden. So beschlossen acht Parteien (Christdemokraten Liberale, Sozialisten, und Grüne beider Sprachgruppen) die im September 2010 unterbrochenen direkten Verhandlungen zu einer umfassenden Staatsreform und Regierungsbildung wiederaufzunehmen. Grundlage für die Gespräche bildet ein Papier des Vorsitzenden der wallonischen Sozialisten Elio di Rupo. Kernpunkte des am 4. Juli vorgelegten Kompromisses: Teilung des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV) und im Gegenzug eine Finanzspritze für das chronisch klämme Brüssel; verstärkte Fiskalautonomie der Regionen und Kompetenztransfer; schließlich sozioökonomische Reformen mit Einsparungen in Höhe von 17,5 Milliarden Euro bis 2015. Trotz mitunter erheblicher Vorbehalte waren nach schwierigen Vermittlungen sieben Parteien zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Die regionalistische N-VA, Wahlsieger in Flandern, lehnte das Papier rundweg ab. Die flämischen Christdemokraten (CD&V) forderten umfassende Nachbesserungen. Zwischenzeitlich sah es nach einem Scheitern der Verhandlungen und nach Neuwahlen aus. In einer dramatischen Wende konnten sich acht Parteien innerhalb von drei Tagen schließlich doch auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen einigen. Entscheidend war letztlich die Bereitschaft der CD&V, sich erstmals in den Verhandlungen klar vom Kurs der N-VA zu lösen. Damit zeigt sich ein erster Hoffnungsschimmer für die Bildung einer Regierung im Herbst. Bis dahin stehen al-

lerdings noch äußerst schwierige Verhandlungen bevor, deren Ausgang völlig offen ist und allen Seiten ein hohes Maß an Durchhaltevermögen abverlangen wird.

1. Hintergrund

Bereits unmittelbar nach den Wahlen im Juni 2010, die durch den unnötigen Ausstieg der flämischen Liberalen (OpenVLD) aus der Regierungskoalition notwendig geworden waren, hatte sich eine schwierige Regierungsbildung abgezeichnet: auf flämischer Seite war die N-VA als Sieger hervorgegangen; auf der französischsprachigen Seite hatten die Sozialisten der PS die meisten Stimmen errungen. Damit hatten die Extreme gesiegt: auf flämischer Seite eine Bewegung, die die Bildung eines konföderalen Belgiens als Zwischenschritt hin zu einer Teilung des Landes kaschieren möchte. Auf der anderen Seite die wallonischen Sozialisten, Verfechter des sozialstaatlichen und föderalen Status Quo. Die Wahlen verdeutlichten die Teilung der politischen Landschaft des Landes: eine klare strukturelle Mehrheit links der Mitte in der Wallonie, wohingegen im reicheren Flandern Grüne und Sozialisten zusammen nur knapp ein Viertel der Stimmen erhielten. Eine sozioökonomische Diskrepanz verschärft mithin die sprachliche Konfliktlinie zwischen Wallonen und Flamen.

Vor einer Regierungsbildung müssen die verhandelnden Parteien eine gemeinsame Position zu drei Problemblocken finden: Erstens müssen sie eine Einigung über die insbesondere von den Flamen seit Jahren geforderte umfassende Staatsreform erzielen. Diese soll das unübersichtlich gewordene Kompetenzgeflecht zwischen der föderalen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

26. Juli 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

und regionalen Ebene entzerren und umfassende Zuständigkeiten auf die jeweiligen Gebietskörperschaften (Regionen und Gemeinschaften) übertragen. An dieser Aufgabe waren zuletzt die CD&V-geführten Regierungen von 2007 bis 2010 gescheitert.

Hauptgrund: Reformunwilligkeit der frankophonen Parteien. Zweitens die Durchführung fundamentaler Wirtschafts- und Sozialreformen zur längst überfälligen Sanierung der sozialen Sicherungssysteme und zur Reduzierung der Staatsverschuldung. Diese liegt mit rund 100% des BIP deutlich über dem EU-Durchschnitt. Drittens die Teilung des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV). Dies ist der einzige belgische Wahlkreis, in dem Parteien aus beiden Sprachgemeinschaften gewählt werden können. Allerdings erstreckt sich BHV über die zweisprachige Hauptstadt Brüssel hinaus auch auf niederländischsprachiges Gebiet (Teile der Region Vlaams-Brabant). Mithin können Kandidaten französischsprachiger Parteien auch in einem kleinen Teil Flanderns gewählt werden. Dieser Zustand war 2003 vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Die Teilung von BHV war eine zentrale Forderung der Flamen. Die wallonischen Parteien lehnten diese hingegen strikt ab.

Für die Staatsreform bedarf es eines besonderen Quorums: Zwei-Drittel-Mehrheit in der Abgeordnetenkammer (dies wären 101 Stimmen) und eine Mehrheit in jeder der beiden Sprachgruppen in der Kammer (mind. 32 wallonische und 45 flämische Abgeordnete). Daher saßen zunächst sieben Parteien am Verhandlungstisch: die Sozialisten (PS; sp.a.) und Grünen (Ecolo, Groen!) beider Sprachgruppen, die N-VA, der christdemokratische CD&V sowie die wallonischen Christdemokraten des CDH (Centre Démocrate Humaniste). Anfang Januar 2011 scheiterte dieses Format in Folge der Ablehnung eines Kompromisspapiers des flämischen Sozialisten Johan van de Lanotte durch N-VA und CD&V. Seitdem nehmen auch die Liberalen beider Sprachgruppen (OpenVld, MR) wieder an den Verhandlungen teil. Dies geschah auf Drängen der N-VA, die sich Unterstützung für ihre liberalen wirtschaftspolitischen Vorstellungen versprach.

Mithin waren insgesamt neun(!) Parteien in die Verhandlungen involviert. Wegen der sich überlagernden Konfliktlinien zwischen den Verhandlungspartnern konnte weder zur institutionellen Neuordnung des Landes noch zu den sozioökonomischen Reformen eine Einigung erzielt werden. Dennoch beauftragte der belgische König am 17. Mai 2011 den Vorsitzenden der PS, Elio di Rupo mit dem Entwurf eines Regierungsprogramms. Am 4. Juli legte di Rupo seinen Bericht vor.

2. Die wichtigsten Vorschläge des di Rupo-Berichts im Einzelnen:

a) Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV)

Der Wahlkreis BHV wird geteilt. Erstmals erfolgt dieser Vorschlag von wallonischer Seite. Als Kompensation für die Teilung sieht di Rupos Vorschlag unter anderem die Garantie der Rechte der Frankophonen in sechs an Brüssel grenzenden flämischen Gemeinden (sog. „Fazilitätsgemeinden“) in der Verfassung vor. Bei Streitigkeiten zwischen den Sprachgruppen wäre allein das Verfassungsgericht, und somit nicht die flämischen Instanzen zuständig. Inakzeptabel für die CD&V: Die Aufweichung des Prinzips des Zweisprachigkeitsgebots im überwiegend frankophonen Brüssel.

b) Finanzspritze für Brüssel

Strittig war im Vorfeld die Höhe der Zahlungen: Die Vorstellungen schwankten von 300 (N-VA) bis 500 Millionen Euro (PS, CDH) jährlich. Di Rupo schlägt eine Zahlung von 467 Millionen als zusätzliche Kompensation für die Teilung des BHV-Wahlkreises vor.

c) Institutionelle Reformen

Entmachtung der zweiten Kammer, des 40köpfigen Senats, der aufgelöst wird und nur noch zeitlich begrenzt einberufen werden soll. Im Gegenzug Erhöhung der Mitgliederzahl in der Abgeordnetenkammer von 150 auf 170. Für CD&V und N-VA inakzeptabel: Einführung eines gesamtbelgischen Wahlkreises (würde 10 der 170 Sitze stellen) und die Zusammenlegung der Termine

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

26. Juli 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

für Föderal-, Regional- und Europawahlen auf ein Datum.

d) Wirtschafts- und Sozialreformen

Reduzierung der Bezüge Langzeitarbeitsloser und Vorschläge zur Aktivierung erwerbsloser Personen. Hinter den Erwartungen zurück bleiben die Vorschläge zur Rentenreform: Das Renteneintrittsalter bleibt bei 65 Jahren, immerhin soll das effektive Renteneintrittsalter durch den Abbau von Anreizen zur Frühverrentung erhöht werden. Die Indexierung (Bindung an der Teuerungsrate) der Löhne wird nicht angetastet.

e) Haushaltssanierung

Je nach Berechnungsmethode sind zur Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts bis 2015 Einsparungen in Höhe von 17-22 Milliarden Euro notwendig. Di Rupo regt einen Mix aus Einnahmeerhöhungen (27%), Ausgabenkürzungen (37%, insbesondere im Gesundheitsbereich) und anderen Maßnahmen (30% v. a. Betrugsbekämpfung) an. Schwachpunkt: Zusätzliche Steuerbelastung von Unternehmern und Mittelständlern.

f) Erweiterung der Kompetenzen von Regionen und Gemeinschaften

Verlagerung von Kompetenzen an die föderalen Gebietskörperschaften in der Beschäftigungspolitik (an die Regionen), in der Gesundheitspolitik (an die Gemeinschaften; eine Kernforderung der flämischen Christdemokraten), Familienpolitik sowie im Bereich Mobilität und Forschung. Haushaltstechnisch wären zukünftig Regionen und Gemeinschaften für staatliche Transferleistungen in Höhe von 17,3 Milliarden Euro zuständig.

g) Reform des Finanzierungsgesetzes

Stärkung der finanziellen Autonomie der Regionen: Unter anderem werden künftig rund 10 Milliarden Euro Einnahmen aus Einkommenssteueraufkommen (IPP) den Regionen zugeführt. Das Papier entscheidet sich gegen das von Open Vld, CD&V und N-VA favorisierte Modell der split rate, das den

Regionen weitgehende Freiheit bei der Bestimmung der Steuersätze geben würde.

Zusammenfassend: Der Bericht ist weder ein sozialistisches, noch ein wallonisches Papier. Die Konzessionen der wallonischen Seite gerade bei der Teilung des BHV-Wahlkreises gehen weiter als je zuvor, verlangen gleichzeitig aber weitreichende Zugeständnisse der Flamen in anderen Bereichen als Kompensation. Die sozioökonomischen Reformvorschläge erfüllen nicht die Erwartungen; doch stellt das Papier in wichtigen Punkten eine Abkehr von sozialistischen Paradigmen dar. Indikator dafür waren die heftigen Proteste der Gewerkschaften nach der Veröffentlichung des Berichts.

3. Reaktionen der Parteien

Als einziger der neun Verhandlungspartner lehnte die N-VA die Reform rundweg ab. Begründung: Zu hohe steuerliche Belastungen für Unternehmer, ungenügende sozioökonomische Reformen, unzureichende Fiskalautonomie für die Regionen, zu viel Geld für Brüssel, zu hoher Preis für die Teilung des BHV-Wahlkreises. Abgesehen von der N-VA äußerten zwar die meisten Verhandlungspartner Vorbehalte, erklärten aber Ihre Bereitschaft, auf der Grundlage des Papiers weiter zu verhandeln. Die Grünen (Ecolo, Groen!) und die Sozialisten beider Landesteile und die CDH signalisierten wie erwartet Zustimmung. Die flämischen Liberalen und das rechtsliberale wallonische Bündnis MR (das auch die Frankophonopartei FDF umfasst) bekräftigten trotz ihrer Unzufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Vorschlägen ebenfalls ihre Verhandlungsbereitschaft. Die CD&V stimmte zunächst ebenfalls einer Fortführung der Verhandlungen zu, stellte aber zwei Vorbedingungen: Zum einen bekräftigte sie, nicht ohne die N-VA verhandeln zu wollen. Zum anderen forderte sie Nachbesserungen bei einigen für sie inakzeptablen Kompensationen für die Teilung des Wahlkreises BHV: So lehnte die CD&V die Schaffung eines föderalen Wahlkreises, die Einführung zweisprachiger Wahllisten in Brüssel, die Aufweichung der Zweisprachigkeitsgebots in der Brüsseler Verwaltung, und die in Flandern

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

26. Juli 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

umstrittene Ratifizierung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten ab. Zudem verlangte sie, das Thema BHV, welches jahrelang die Verhandlungen vergiftet hatte, vorab zu verhandeln. Zunächst lehnte di Rupo eine Anpassung seines Papiers an die Forderungen der Christdemokraten ab und reichte beim König seinen Rücktritt als Vermittler ein. Da die übrigen 7 Parteien ohne die CD&V keine verfassungsändernde Mehrheit hatten, schienen Neuwahlen unausweichlich. König Albert II. nahm den Rücktritt di Rupos jedoch nicht an und rief stattdessen eine mehrjährige Denkpause aus. Mit Erfolg: Nachdem di Rupo und die übrigen Verhandlungspartner dem CD&V in den monierten Punkten ein Entgegenkommen signalisierten, erklärte sich die CD&V am 20. Juli bereit, an Verhandlungen teilzunehmen. Damit nahm die CD&V erstmals eine von der N-VA abweichende Position ein. In den Tagen zuvor waren die Christdemokraten an verschiedenen Fronten unter Druck geraten. Der Vorwurf: Ausrichtung ihrer Haltung nach Bart de Wever und fehlende Courage, ohne die N-VA in Verhandlungen zu treten. Die Medien und die anderen politischen Parteien schossen sich in der Folge regelrecht auf die CD&V ein, verschwieg aber, dass Elio di Rupo lange Zeit selbst die Teilnahme der N-VA an den Verhandlungen als *conditio sine qua non* bezeichnet hatte. Doch auch der innerparteiliche Druck in der CD&V, sich von der N-VA zu lösen und ohne sie zu verhandeln hatte zuletzt zugenommen.

Am späten Abend des belgischen Nationalfeiertages (21. Juli) einigten sich schließlich die Vertreter von acht Parteien (CD&V, CDH, PS, sp.a., MR, Open VLD, Groen!, Ecolo) auf eine gemeinsame Vorgehensweise: Nach einer dreiwöchigen Pause sollen ab Mitte August die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Wie von der CD&V gefordert, wird dabei zunächst die Teilung des Wahlkreises BHV im Vordergrund stehen. Die von der CD&V abgelehnten Kompensationsmaßnahmen werden zudem vorerst auf die lange Bank verschoben. Die N-VA bleibt hingegen erstmals seit den Wahlen bei den Verhandlungen außen vor.

4. Gründe für den Erfolg der N-VA

Die N-VA schloss als einzige Partei eine Fortführung der Verhandlungen aus und demonstrierte damit erstmals in aller Deutlichkeit, dass sie an einem Kompromiss kein Interesse hat. Bislang hatte sie mit Erfolg einen doppeldeutigen Kurs verfolgt: Zum einen hatte sie ihre vermeintliche Verhandlungsbereitschaft betont, war aber gleichzeitig flämisch-separatistisch aufgetreten. Das langfristige Ziel der Partei, die Unabhängigkeit Flanderns, wird zwar nur von rund 15-20% der Flamen und nicht einmal von einer Mehrheit der N-VA-Wähler geteilt. Allerdings wird dem in Flandern sehr populären de Wever offensichtlich zugetraut, nach Jahren der wallonischen Blockadepolitik bei der Staatsreform einen guten Deal für Flandern zu erzielen. Zudem profitiert de Wever davon, dass es in Flandern (derzeit) keine „unverbrauchte“ politische Persönlichkeit mit seinem Kommunikationstalent gibt. Mit ihrem klar flämischen Profil und der Duldung anti-wallonischer Ausfälle einzelner Parteimitglieder, gräbt die N-VA den strammen Nationalisten des Vlaams Belang (VB) und der Lijst Dedecker die Wähler ab. Gleichzeitig versucht de Wever die N-VA als feste liberal-konservative Kraft in Flandern zu etablieren und das ideologische Profil der Partei zu erweitern: So nimmt er Stellung zu Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Zuwanderungspolitik. Sein klassisch liberal-konservativer Diskurs in diesen Politikbereichen zieht vor allem ehemalige Wähler der Liberalen und Christdemokraten an. Zudem lobt de Wever häufig Deutschland als Reform-Vorbild für Belgien. Dies findet insbesondere bei der flämischen Unternehmerschaft Anklang, bei der er nach einigen Umfragen bis zu 50% der Stimmen erhalten würde. Überdies kommt seine bisweilen aufflammende Anti-Establishment-Rhetorik bei Wählern, die von der jahrelangen Blockade der letzten Jahre frustriert sind, gut an. Auffällig ist, dass in einer Umfrage im Juni 2011 lediglich rund ein Viertel der Flamen die Hauptschuld für die ergebnislosen Verhandlungen Bart de Wever anlastete. All diese Faktoren führten zu einem kontinuierlichen Höhenflug der N-VA in den Umfragen (Juni 2011: 35%). Auch die Ablehnung des Kompromissvorschlags wirkt sich vorerst

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

26. Juli 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

nicht negativ auf die Popularität der Partei aus. In den kommenden Wochen und Monaten wird die N-VA wohl versuchen, die verhandelnden flämischen Parteien als Verräter an den Interessen Flanderns zu porträtieren und insbesondere CD&V und OpenVld attackieren.

ren, um auf lokaler Ebene nicht zuviel Boden zu verlieren.

Bei zahlreichen Themen sind die Positionen beider Parteien identisch. Unterschiedlich ist aber das Ziel: Während dem CD&V vor allem eine effiziente Kompetenzverteilung im Sinne der Subsidiarität wichtig ist, will die N-VA auf lange Sicht die Teilung des Landes. Die CD&V steht nun vor der schwierigen Aufgabe, sich dem Wähler wieder als klare Alternative in der flämischen Politik zu präsentieren und sich von der N-VA abzugrenzen ohne konservative Wählergruppen zu verprellen. Nach den letzten Umfragen liegt die CD&V lediglich bei rund 16% der Stimmen und somit noch unter dem ohnehin historisch niedrigen Wahlergebnis von 2010. Mit dem Eintritt in die Regierungsverhandlungen ohne die N-VA bewiesen die Christdemokraten politischen Mut und Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft des Landes. Gleichzeitig geht die Partei jedoch das Risiko ein, bei Kommunal- und Regionalwahlen weiter Boden an die N-VA zu verlieren. Entscheidend wird daher sein, dass die CD&V im Rahmen der Verhandlungen den Wählern glaubhaft vermitteln kann, einen guten Deal für Flandern erzielt zu haben. Konkrete Ergebnisse müssen noch vor den Kommunalwahlen im Frühjahr 2012 vorliegen, andernfalls droht dann ein Erdutschsieg der N-VA auf Kosten der CD&V. Abzuwarten bleiben die Auswirkungen auf die flämische Regierung unter dem Christdemokraten Kris Peeters, der einer Koalition aus CD&V, sp.a. und N-VA vorsteht. Bemerkenswert ist, dass die Partei unter ihrem jungen Vorsitzenden Wouter Beke (36) bislang trotz lebhafter interner Diskussionen über den Parteikurs nach außen weitgehend geschlossen auftritt.



Quelle: Homepage
Wouter Beke

nicht weitere Wähler an die Wever zu verlieren. Der neue Vorsitzende Wouter Beke (Foto) versuchte die N-VA in den Verhandlungsprozess einzubeziehen und sie nicht aus der Verantwortung des Wahlsiegers zu entlassen. Lange hat es die CD&V auch vermieden, sich klar von der N-VA zu distanzieren, damit diese sich nicht als alleiniger Vertreter flämischer Interessen inszenieren und die Bemühungen der anderen Parteien torpedieren kann. Das Verhältnis beider Parteien ist ambivalent: Die N-VA hat ihre heutige Popularität auf regionaler und nationaler Ebene erst durch das gemeinsame Wahlbündnis mit der CD&V 2007 erreichen können. Nach dem Bruch mit den Christdemokraten 2008 startete Bart de Wever in den Umfragen durch und bemächtigte sich von der Oppositionsbank aus weiter Teile der vormalen christdemokratischen Klientel. Auf der anderen Seite erwog die CD&V bei den Kommunalwahlen 2012 auf gemeinsamen Listen mit der N-VA kandidie-

Staatsreform letztlich scheiterte. Der kompromissbereite Kurs beim letzten Wahlkampf hatte nicht die erhofften Früchte getragen. Somit bekamen die Stimmen auftrieb, die zur Stärkung des „flämischen Profils“ der Partei rieten, um



Die wallonische Schwesterpartei CDH, seit Juni 2010 ebenfalls in die Regierungsverhandlungen involviert, scheint kein wesentlicher Stolperstein für eine Einigung zu sein: In den Jahren zuvor hatte sie unter ihrer Vor-

Quelle: EVP-Kongress 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

26. Juli 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

sitzenden Joelle Milquet (Foto) mit ihrer Verweigerung, Zugeständnisse bei einer möglichen Staatsreform zu machen, der CD&V das Leben schwer gemacht und mit hin nicht unwesentlich zur Verhärtung der flämischen Position beigetragen. Zudem hat sich die Partei durch den von Milquet vor Jahren eingeschlagenen Linksschwenk politisch mehr und mehr im Windschatten der PS bewegt und sich von der CD&V entfernt. Dieser Kurs hat sich bislang weder in Wahlergebnissen noch in Umfragen ausgezahlt: So liegt die Partei derzeit nur bei rund 13%, und damit noch unter dem Wahlergebnis vom Juni. Ende August steht nun die seit rund einem Jahr geplante Stabübergabe des Parteivorsitzes von Joelle Milquet zu Benoit Lutgen an. Insbesondere auf Seiten der flämischen Christdemokraten hofft man, dass dies auch zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Schwesterparteien führen wird. Ob der Stabwechsel die Rückkehr zum zentralistischen Kurs der Partei einleiten wird, bleibt abzuwarten.

6. Folgen des politischen Patts

Das seit Juni 2010 nur geschäftsführend regierende Kabinett von Yves Leterme hat über die Partegrenzen hinweg Anerkennung für seine bislang geleistete Arbeit geerntet, insbesondere für die gelungene europäische Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2010. Die Einigung über den Haushalt für 2011 im März war ein positives Signal an die zunehmend beunruhigten Finanzmärkte. Dennoch sind ihr bei essentiellen Fragen die Hände gebunden: Zwar sind die Kompetenzen einer geschäftsführenden Regierung nicht schriftlich fixiert. Dennoch besteht Konsens, dass eine geschäftsführende Regierung keine wichtigen politischen Projekte mit mittel- oder langfristigen Auswirkungen in Angriff nehmen darf. So wird die Entscheidung über die Zukunft der Atomenergie in Belgien erst durch eine neue Regierung gefällt werden können. Sozioökonomische Reformen und Einsparungen sind dringlicher denn je, können aber erst durch eine neue Regierung mit solider Mehrheit in Angriff genommen werden. Anfang Juni übte auch die Europäische Kommission deutliche Kritik: Sie forderte nicht nur weitere

Sparanstrengungen, sondern mahnt insbesondere umfassende strukturelle Reformen der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsmarktes an. Negativ vermerkt wird im Bericht der Kommission der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, ausgelöst unter anderem durch einen unflexiblen Arbeitsmarkt und die steigenden Kosten für das reformbedürftige Rentensystem. Neben der Rentenreform gehören die Kürzung der großzügigen Arbeitslosenunterstützung und eine steuerliche Entlastung insbesondere der mittleren Schichten zu den dringendsten Anliegen. Bislang konnten drohende Abwertungen der Kreditwürdigkeit Belgiens durch Verweis auf die trotz allem stabilen wirtschaftlichen Eckdaten im Keim ersticken werden. Ohne die genannten Reformen und die rasche Bildung einer handlungsfähigen Regierung wird das Damoklesschwert der Abwertung der Kreditwürdigkeit des Landes immer wieder über dem Land hängen. Auf europäischer Ebene wird Belgien ein zuverlässiger Partner bleiben. Dass die andauernde Staatskrise Belgiens Unterstützung der europäischen Integration beeinträchtigt, steht nicht zu erwarten. Allerdings droht das Land aufgrund des oben beschriebenen Reformstaus bei der Umsetzung von EU-Vorgaben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ins Hintertreffen zu geraten.

7. Ausblick

Am 15. August sollen die Verhandlungen wiederaufgenommen werden. Zunächst wird die Teilung von BHV thematisiert. Parallel dazu werden Diskussionen zu den anderen Bereichen der Staatsreform (Finanzierungsgebet, Kompetenzen der Gebietskörperschaften, Fiskalautonomie, etc.) geführt. Wenn sich – etwa durch einen Warnschuss der Finanzmärkte – die politischen Rahmenbedingungen nicht dramatisch ändern sollten, werden die Verhandlungen allerdings äußerst schwierig bleiben: Die wallonischen Parteien werden umfassende Gegenleistungen für Ihr Entgegenkommen bei BHV verlangen. Die Liberalen haben bereits Nachbesserungen bei den sozioökonomischen Reformen gefordert. Die CD&V wird mit Rücksicht auf die Stabilität der flämischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

26. Juli 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

Regierung versuchen, die Zusatzbelastungen für Flandern durch die Sparmaßnahmen in Grenzen zu halten. Die flämischen Parteien werden ein für Flandern vorteilhaftes Ergebnis präsentieren müssen, um die N-VA nicht weiter wachsen zu lassen. Alle Seiten sind zum Erfolg verdammt: Ein Scheitern der Verhandlungen (und damit wohl Neuwahlen) kann sich keiner der Verhandlungspartner erlauben. Die flämischen Parteien (insbesondere Liberale und Christdemokraten) würden ein katastrophales Wahlergebnis riskieren. Die Wallonen hätten dann keine andere Wahl, als sich mit einer noch stärkeren und selbstbewussteren N-VA an den Verhandlungstisch setzen.

Belgien Eckdaten

Bevölkerung: 11 007 200

Fläche: 30 528 km²

Verhältnis der Sprachgruppen (*geschätzt*): Niederländisch (ca. 57-60%), Französisch (ca. 40-43%), Deutsch (1%)

BIP pro Kopf (Kaufkraftparität): 37 900 \$

Arbeitslosenquote: 11,1% (2010)

Staatsverschuldung: 96,6% (2010)

Wichtigste Außenhandelspartner:

1. Deutschland
2. Niederlande
3. Frankreich

Quellen: RTBF, belgostat

ANHANG:

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK

Vorläufige Chronik der Regierungsbildung in Belgien (13.06.2010 – 22.07.2011)

26. Juli 2011

www.kas.de
www.eukas.eu

13/06/2010	Tag 0	Wahlen
17/06/2010	Tag 4	Bart De Wever (N-VA) wird Informateur
08/07/2010	Tag 25	Di Rupo (PS) wird Preformateur
03/09/2010	Tag 82	Di Rupos Mission endet erfolglos
04/09/2010	Tag 83	Danny Pieters (N-VA) und André Flahaut (PS) werden Vermittler
04/10/2010	Tag 113	N-VA bläst Verhandlungen ab und will von Null beginnen.
08/10/2010	Tag 117	De Wever wird Vermittler
18/10/2010	Tag 127	Frankophone Parteien lehnen De Wevers Vorschlag ab
21/10/2010	Tag 130	Johan Vande Lanotte (sp.a, fläm. Sozialisten) königlicher Vermittler
03/01/2011	Tag 204	Vande Lanotte legt Kompromisspapier vor
05/01/2011	Tag 206	CD&V und N-VA lehnen Papier als Grundlage für Verhandlungen ab
11/01/2011	Tag 212	Beratungen von Vande Lanotte , De Wever , Di Rupo enden erfolglos
23/01/2011	Tag 224	35.000 demonstrieren in Brüssel für eine Regierungsbildung
26/01/2011	Tag 227	Vande Lanotte tritt zurück
02/02/2011	Tag 234	Didier Reynders (MR) Informateur
01/03/2011	Tag 261	Didier Reynders beendet seine Tätigkeit ohne neue Ergebnisse
02/03/2011	Tag 262	Wouter Beke (Vorsitzender CD&V) wird zum Vermittler ernannt
12/05/2011	Tag 333	Wouter Beke schließt Mission mit einem nicht-öffentlichen Bericht ab
16/05/2011	Tag 337	Elio di Rupo wird zum Formateur ernannt
04/07/2011	Tag 386	Di Rupo legt seinen Bericht vor
07/07/2011	Tag 389	N-VA lehnt ab, CD&V will ohne N-VA nicht verhandeln
08/07/2011	Tag 390	Di Rupo bietet Rücktritt an, König verschiebt seine Entscheidung
13/07/2011	Tag 395	Beke (CD&V) stellt Bedingungen für Teilnahme an Verhandlungen
22/07/2011	Tag 404	Acht Parteivorsitzende einigen sich auf Wiederaufnahme der im September 2010 unterbrochenen gemeinsamen Verhandlungen ab Mitte August

Zusammenstellung: Laura Mayer, Olaf Wientzek